Ausgabe 4 | Dezember 2015

Die offizielle Zeitung
der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Was uns am Herzen liegt

Humanitäre Aktion
Landtagsfraktion spendet Feuerwehrauto

Bezahlbarer Wohnraum
Nötiger denn je

Dumpingpreise
Was sind Lebensmittel noch wert?

2015
Unser Jahresrückblick

Mit Hubert Aiwanger für Sie im Landtag:
die weiteren Abgeordneten der FREIE WÄHLER Fraktion in alphabetischer Reihenfolge

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Pflegepolitischer Sprecher, kulturpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, Frankensprecher

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familie, Jugend und Integration, generationenpolitischer Sprecher, Sprecher für Vertriebene und Flüchtlinge, Mitglied im Bundes- und Europaausschuss, entwicklungspolitischer Sprecher

Günther Felbinger, MdL

Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus, bildungspolitischer Sprecher, Mitglied in der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Inklusion“, sportpolitischer Sprecher

Thorsten Glauber, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags und wirtschaftspolitischer Sprecher, energiepolitischer Sprecher

Eva Gottstein, MdL

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, frauenpolitische Sprecherin, jugendpolitische Sprecherin

Joachim Hanisch, MdL

Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Sprecher für kommunalpolitische Fragen

Johann Häusler, MdL

Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Dr. Leopold Herz, MdL

Agrar- und forstpolitischer Sprecher, Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Nikolaus Kraus, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Verbraucherschutz

Peter Meyer, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes, kirchenpolitischer Sprecher für die evangelisch-lutherische Kirche

Alexander Muthmann, MdL

Mitglied der Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, Fraktionssprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, hochschul- und medienpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Bernhard Pohl, MdL

Finanzpolitischer Sprecher, Mitglied im Haushaltsausschuss, vertriebenenpolitischer Sprecher

Gabi Schmidt, MdL

Sozial-, asyl- und familienpolitische Sprecherin, Mitglied im Sozialausschuss, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Florian Streibl, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher

Karl Vetter, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, gesundheitspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Jutta Widmann, MdL

Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Mitglied im Arbeitskreis Kommunales, Wirtschaft und Finanzen

Benno Zierer, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Liebe Leserinnen und Leser,

ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende entgegen und es ist keineswegs übertrieben zu sagen, dass sich in diesem turbulenten Jahr Veränderungen historischen Ausmaßes ereignet haben. Die großen Flüchtlingszahlen stellen unsere Kommunen, Ehrenamtliche und staatliche Stellen vor immense Herausforderungen, geltendes Recht wird staatlicherseits nicht mehr konsequent durchgesetzt.

Es ist Aufgabe der Politik, Lösungen für Probleme zu finden. Wir haben dieses Thema deshalb bereits im Sommer auf einer Bürgermeisterkonferenz in München bearbeitet, ebenso auf unserer Herbstklausur.

Ein wichtiger Schritt zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen ist dabei zweifelsohne, die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen, damit Menschen sich gar nicht erst auf den Weg machen. Personalkosten der Kommunen zur Betreuung der Flüchtlinge müssen voll übernommen, Asylverfahren beschleunigt und mehr Wohnraum und Bildungskapazitäten geschaffen werden.

Trotz des alles dominierenden Themas Flucht und Asyl versuchen wir, auch den vielen anderen wichtigen Themen die nötige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen: regionale Energiewende statt Südlink und Südostpassage, Kampf gegen die Milchmarktkrise, Ausbau des Internets, Erhalt der wohnortnahen Gesundheitsversorgung, Stärkung der Flughäfen Nürnberg und Memmingen statt dritter Startbahn, ausreichende Kinderbetreuungsplätze, mehr Lehrer und Polizisten, Abschaffung der praxisfremden Mindestlohnbürokratie beispielsweise auch in der Gastronomie, Einsparung von Steuergeld durch Abbau überzogener Vorschriften und vieles, vieles mehr. Es liegt also auch im neuen Jahr wieder viel Arbeit vor uns!

Die Zeit zwischen den Jahren ist auch immer eine Zeit des Rückblicks. Wir nehmen das zum Anlass, Ihnen einige unserer politischen Erfolge vorzustellen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine friedliche Weihnachtszeit und alles Gute für das neue Jahr!

Ihr Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender

Impressum

Herausgeber
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Maximilianeum
Max-Planck-Str. 1, 81627 München
Tel.: 089 4126-2922
info@fw-landtag.de

V. i. S. d. P.:
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Thorsten Glauber, MdL
Max-Planck-Str. 1, 81627 München

Redaktion
Thorsten Glauber

Bildnachweis
Thinkstock; Seite 6–7: Beate Hones; Seite 14–15: Ute Späth, Marina Jakob; Seite 16–17: Nick Hartung; Seite 20 und 36: Rolf Poss; Seite 23: Nick Hartung, DPolG, Polizeipräsidium München, Polizeipräsidium Unterfranken; Seite 26: Meisterwerk Eder; Seite 33: Gottfried Obermair; Seite 34: Werner Hofmann

Artdirection und Design
CUBE werbeagentur gmbh

Inhalt

Fraktionsklausur in Großwallstadt 6

Asyl: Herausforderung für Schulen 8

Untersuchungsausschuss „Labor“ und die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft 10

Dumpingpreise bei Lebensmitteln 12

Arbeitskreise 3 und 4: Fahrt an den Bodensee 14

Aus der Kommunalpolitik in den Landtag: Hilfsgüter in Krisenregionen 16

Unsere liebsten Plätzchenrezepte aus allen bayerischen Regierungsbezirken 18

Jahresrückblick 2015: unsere politischen Erfolge 20

Gesetzentwurf E-Government 22

Besuch bei Polizeipräsidien und Gewerkschaften 23

Krankenhausreform 24

Interpellation zur Pflege 25

Kinderkommission 26

Gesetzentwurf Straßenausbaubeiträge 28

Entwicklungszusammenarbeit 30

Bezahlbarer Wohnraum 31

Interpellation: Zukunft der Hochschule 32

Fraktion vor Ort 33

Abgeordnete im Porträt: Jutta Widmann 34

Kurz berichtet 35

Zahl des Quartals 35

Was sonst noch los war 35

Orange markierte Themen werden auf dem Titel erwähnt.

Herbstklausur der FREIEN WÄHLER in Großwallstadt

Tagungsort für die Herbstklausur der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion war diesmal Großwallstadt im unterfränkischen Landkreis Miltenberg.

Unsere Abgeordneten mit Prof. Lorenz Jarass (2. von rechts) bei der Übergabe des von der Fraktion in Auftrag gegebenen Gutachtens.

Auf der Tagesordnung standen sowohl das bundespolitisch höchst aktuelle Thema der Asylproblematik als auch Landesthemen wie G8/G9, die Straßenausbaubeitragssatzung, die Schaffung preisgünstigen Wohnraums und eine sichere Stromversorgung ohne Trassenneubauten. Darüber hinaus befassten sich die Abgeordneten auch mit regional wichtigen Fragestellungen wie dem Fluglärm am Untermain und einer gesicherten Versorgung mit Beamten in grenznahen Gebieten zu anderen Bundesländern.

Im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingskrise betonte der Fraktionsvorsitzende Hubert Aiwanger, dass man die schwierige Situation nicht schönreden dürfe.

„Polizei, Helfer und Kommunen sind mit den zahlreichen Problemen alleingelassen und überfordert. Wir erleben ein Staatsversagen."

Hubert Aiwanger, MdL, Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Als FREIE WÄHLER fordern wir mehr Verwaltungsrichter für Asylverfahren und auch eine Reduzierung der Zuwanderungszahlen. Um die hohen Flüchtlingszahlen zu verringern, ist es auch unumgänglich, in den Herkunftsregionen tätig zu werden. Wir fordern deshalb UNO-Schutzzonen in Syrien sowie mehr Hilfe für die Nachbarstaaten Syriens zur Flüchtlingsunterbringung. Aufgrund des hohen Zustroms an Flüchtlingen sehen die FREIEN WÄHLER auch auf die bayerischen Schulen neue Herausforderungen zukommen (s. Artikel auf S. 8).

Bei einem Schulbesuch im Julius-Echter-Gymnasium in Elsenfeld konnte sich die Fraktion vom Erfolgsmodell des neunjährigen Gymnasiums überzeugen. Seit Einführung der Mittelstufe Plus stiegen die jahrelang rückläufigen Schüleranmeldezahlen dort um 33 %.

„Wir FREIEN WÄHLER haben mit der Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 den Nerv der Schüler und Eltern getroffen. Jeder Schüler soll selbst entscheiden dürfen, ob er mehr Zeit zum Lernen haben möchte oder nicht." Günther Felbinger, MdL, bildungspolitischer Sprecher.

Auch der Fluglärm am Untermain beschäftigte die Abgeordneten, denn die Lärmbelästigung wird für die ansässige Bevölkerung zunehmend zum Problem. Die Fraktion informierte sich über die aktuelle Situation bei Vertretern der Bürgerinitiative „Ein Himmel ohne Höllenlärm“ und suchte gemeinsam mit diesen nach geeigneten Lösungen.

„Ein neues Anflugverfahren, nämlich das sogenannte CDA-Verfahren, würde die Bürger entlasten.“

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL,
Abgeordneter aus Unterfranken

Zunächst fordern die FREIEN WÄHLER in einem ersten Schritt Lärm-Messstellen insbesondere im Landkreis Miltenberg. Mit den so erhobenen Zahlen sollen dann endlich konkrete Forderungen nach Lärmreduzierung untermauert werden. Die Fraktion will sich auch direkt an das Bundesverkehrsministerium wenden, um eine Lösung voranzutreiben.

Die aktuelle Flüchtlingskrise verschärft auch die Situation am ohnehin bereits angespannten Wohnungsmarkt. Umso wichtiger ist es, durch positive Anreize bezahlbaren Wohnraum zu schaffen (s. Artikel auf S. 31). Wie das gelingen kann, war ebenfalls Thema der Klausurtagung.

Sind die geplanten HGÜ-Trassen durch Bayern tatsächlich notwendig? Auch mit dieser Frage beschäftigte sich die Fraktion im Rahmen ihrer Klausurtagung. Um darauf eine Antwort zu erhalten, hatten die Abgeordneten bei der „Forschungsgesellschaft für Alternative Technologien und Wirtschaftsanalysen“ ein Gutachten in Auftrag gegeben, das im Rahmen der Klausur vorgestellt wurde. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass der aktuelle Netzentwicklungsplan zahlreiche Maßnahmen zur Reduzierung des Trassenbedarfs völlig ignoriert. Es bestätigt damit die Skepsis gegenüber den geplanten Trassen.

„Wir sind davon überzeugt, dass – gemeinsam mit weiteren Maßnahmen wie Stromspeichern, Nachfragemanagement, Stromeinsparung und Reservekraftwerken in Süddeutschland – der Netzausbau reduziert und auf die beiden HGÜ-Leitungen nach Bayern verzichtet werden kann.“

Thorsten Glauber, MdL,
energiepolitischer Sprecher

Nach Auffassung der FREIEN WÄHLER ist ein Malus für die CO_2-intensive Stromerzeugung erforderlich. Theoretisch könnte dies der europäische Emissionshandel, doch ist er durch jahrelange Lobbyeinflüsse so sehr mit Emissionszertifikaten überschwemmt worden, dass Kohlekraftwerke ihren klimaschädlichen Strom heute zu Dumpingpreisen produzieren können. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hatte die Staatsregierung bereits im Juni 2015 in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, sich auf Bundesebene für einen Abbau der Überkapazitäten bei den alten Kohlekraftwerken einzusetzen. Das wurde von CSU und SPD abgelehnt. ■

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL
Abgeordneter aus Unterfranken

Beim Besuch des Julius-Echter-Gymnasiums. Schulleiter OStD Gronemann und eine Schülergruppe diskutierten mit den Abgeordneten über das Modell „Mittelstufe Plus“.

Bildung

Beschulung von Flüchtlingskindern

Eine große Herausforderung für die Schulen.

„Die Flüchtlings- und Asylbewerberkinder dürfen nicht für schlechte Rahmenbedingungen an den Schulen verantwortlich gemacht werden."

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL,
Mitglied im Bildungsausschuss

Im Nachtragshaushalt 2015 hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion 1.000 zusätzliche Lehrerstellen gefordert. Wir sehen diese Zahl aus mehreren Gründen als notwendig an. Da ist zum einen der aktuell starke Zustrom von schul- und berufsschulpflichtigen Kindern und Jugendlichen unter den Flüchtlingen. Deutschland muss sich auf 300.000 schulpflichtige Flüchtlinge einstellen. Davon geht die Kultusministerkonferenz (KMK) aktuell aus. Legt man formal den „Königsteiner Schlüssel" an, dann nimmt Bayern davon ca. 15 % auf. Das entspricht 45.000 Kindern und Jugendlichen – de facto sind es momentan sicher bereits mehr. Eine realistische Größe ist wahrscheinlich um die 50.000 – mit dieser Zahl rechnet der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband.

Wenn Integration gelingen soll, benötigen diese Kinder Deutschkenntnisse, um dem regulären Unterricht dauerhaft folgen zu können. Dies ist ohne zusätzliche Lehrkräfte für sogenannte Übergangsklassen nicht zu bewältigen. Wir fordern deshalb, dass Junglehrkräften, die für das Fach Deutsch ausgebildet und derzeit ohne Anstellung sind, zumindest ein Angestelltenvertrag angeboten wird. Bedenkt man, dass nur 3 % der fertig gewordenen Junglehrerinnen und Junglehrer aus dem Realschulbereich eine Stelle erhalten haben, dann gibt es genügend, die sofort bereit wären diese Aufgabe zu übernehmen.

Doch allein damit wird es nicht getan sein. Eine aktuelle Studie der TU München hat kürzlich Alarmierendes aufgedeckt. Demnach waren von 100 untersuchten syrischen Kindern in der Bayernkaserne etwa ein Drittel psychisch belastet. Jedes fünfte Kind leidet sogar an einer posttraumatischen Belastungsstörung. Umso wichtiger sind jetzt schnelle Hilfe und Unterstützung. Eine gute Deutschförderung bei heterogenen Klassenzusammensetzungen, die Integration in die Klassengemeinschaft und der Umgang mit den traumatischen Erfahrungen der Kinder erfordern weitaus mehr individuelle Förderung als in der Vergangenheit – und es braucht zusätzlich dafür geschultes Personal aus verschiedenen Professionen wie Förderlehrer, Psychologen, Übersetzer oder Heilpädagogen.

Zum anderen gilt darüber hinaus selbstverständlich auch, weiterhin die reguläre Unterrichtsversorgung sicherzustellen und schon längst anvisierte „Zukunftsaufgaben" im Bildungssystem umzusetzen: die Absenkung der Klassenstärken (vor allem an der Realschule) und den Auf- und Ausbau von Ganztagsschulen, die weitere Umsetzung der Inklusion oder den Erhalt der Grundschule am Ort. Für diese Aufgaben war ursprünglich die sogenannte demografische Rendite gedacht. Allerdings wird diese bereits in diesem Schuljahr zu einem großen Teil nur für die Sicherstellung des Pflichtunterrichts benötigt. Dies liegt auch daran, dass die Prognosen des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst zur Schülerzahlenentwicklung aus dem Jahr 2014 vor allem aufgrund der gestiegenen Flüchtlings- und Asylbewerberkinder inzwischen deutlich korrigiert werden mussten.

Entgegen der Prognose gibt es für das Schuljahr 2015/2016 vor allem an den Grund- und Mittelschulen mit über 12.000 mehr Schülerinnen und Schülern ein deutliches Plus. Fakt ist: Die sogenannte demografische Rendite ist kaum mehr vorhanden und kann deshalb die ihr zugewiesenen Aufgaben nicht mehr erfüllen. Unser Fazit: Es müssen zusätzliche Stellen im Schulsystem geschaffen werden – und zwar jetzt! ■

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Mitglied im Bildungsausschuss

Bericht aus dem Untersuchungsausschuss „Labor“

Als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet

Der Ausschuss soll unter anderem klären, warum die bayerischen Strafverfolgungsbehörden mit Wissen des Justizministeriums bundesweit 10.000 betrugsverdächtige Ärzte unbehelligt ließen, obwohl ihnen vorgeworfen wurde, Analysen beim Großlabor Schottdorf zu beauftragen, sie als eigene Leistung abzurechnen und den Rabatt einzustreichen.

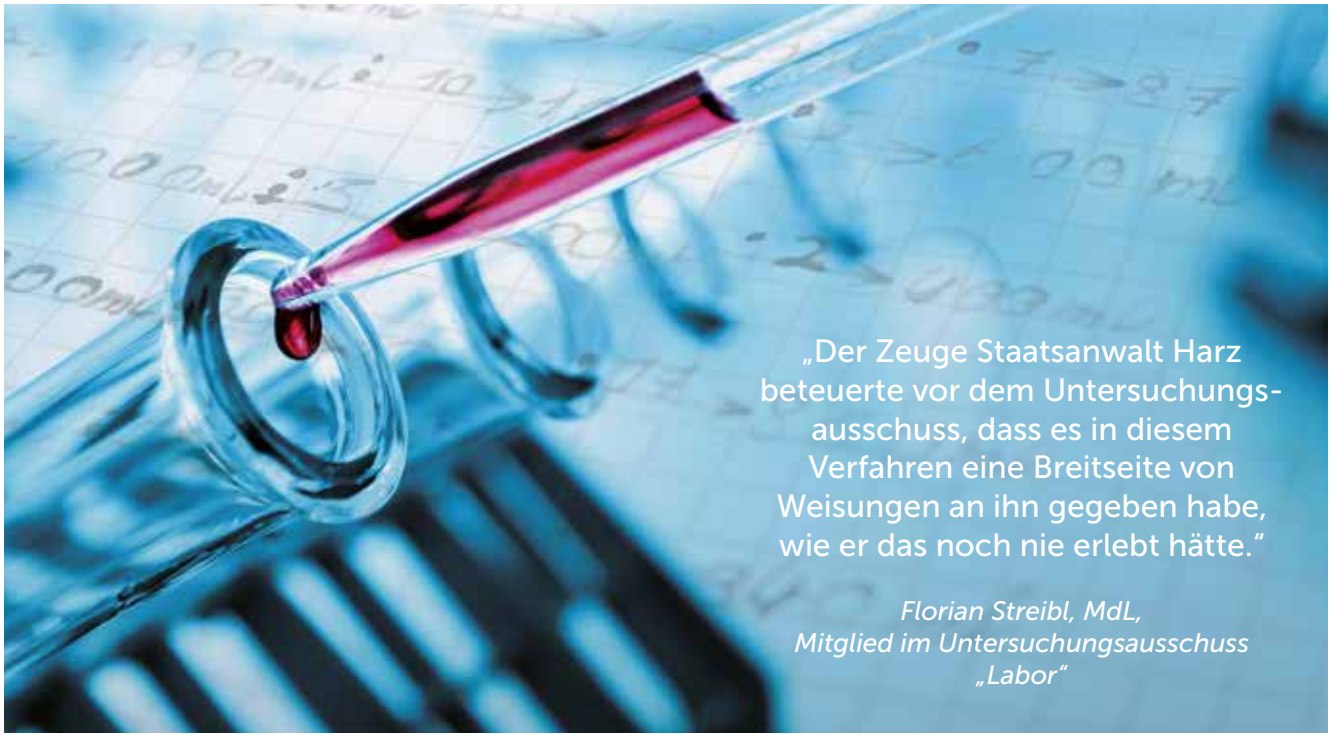
Der Untersuchungsausschuss „Labor“ hat seine Arbeit mit der Vernehmung wichtiger Zeugen fortgesetzt. Einer davon war der damalige sachbearbeitende Staatsanwalt in München, Andreas Harz. Der heutige Richter am Oberlandesgericht München hatte zusammen mit der Soko „Labor“ die Ermittlungen gegen zahlreiche Ärzte bis ins Jahr 2008 energisch betrieben.

Während laut Zeugenaussagen die gesamte Staatsanwaltschaft München I von der Strafbarkeit der unzulässigen Abrechnung dieser speziellen Laborleistungen überzeugt war, hatte die Generalstaatsanwaltschaft München offenbar Bedenken, entsprechende Ermittlungsverfahren gegen zahlreiche Ärzte loszutreten.

Christian Schmidt-Sommerfeld, ehemaliger Behördenleiter der Staatsanwaltschaft in München, sagte aus, seinem Eindruck nach habe die Generalstaatsanwaltschaft gar nicht gewollt, dass Herr Harz tiefer einsteige und die Verfahren weiterbetreibe. Er empfand es außerdem als ungewöhnlich, dass die Generalstaatsanwaltschaft diese Verfahren an sich zog.

Der damalige Staatsanwalt Harz war Zeugenaussagen zufolge einem starken Druck durch die Generalstaatsanwaltschaft ausgesetzt. Er selbst berichtete von mindstens sieben mündlichen Anweisungen an ihn. Dagegen hatte das Justizministerium vor dem Untersuchungsausschuss auf schriftliche Anfragen hin stets behauptet, es habe keinerlei Weisungen gegeben, alle verfahrensrelevanten Entscheidungen seien von den zuständigen Staatsanwälten getroffen worden.

Der Zeuge Harz beteuerte vor dem Untersuchungsausschuss, dass es in diesem Verfahren eine Breitseite von Weisungen an ihn gegeben habe, wie er das noch



„Der Zeuge Staatsanwalt Harz beteuerte vor dem Untersuchungsausschuss, dass es in diesem Verfahren eine Breitseite von Weisungen an ihn gegeben habe, wie er das noch nie erlebt hätte.“

Florian Streibl, MdL,
Mitglied im Untersuchungsausschuss „Labor“

nie erlebt hätte. Bis auf ein Pilotverfahren gegen einen Münchner Arzt musste er sämtliche Verfahren 2008 Stück für Stück an die Staatsanwaltschaft Augsburg abgeben.

Zwar seien für ihn keine erkennbar politisch motivierten Vorgaben gemacht worden, aber die Abgabe der Verfahren sei doch ungewöhnlich gewesen. Zumindest die Verfahren gegen Münchner Ärzte hätten in München bleiben müssen. Als möglichen Grund für einen Vertrauensverlust führte er das Schreiben der Soko an den Verband der Privaten Krankenversicherung an, dem zufolge sich Dr. Peter Gauweiler, der damalige Anwalt Schottdorfs, an oberster Stelle beschwert hatte. Selbst das Justizministerium hatte laut Schmidt-Sommerfeld die Hände im Spiel. Der damalige Leiter der Strafrechtsabteilung habe ihm einen konkreten Zeitpunkt für die Durchsuchung bei einem ehemaligen Staatsanwalt vorgegeben, weil das die „Spitze des Hauses“ so wollte.

Der später in Augsburg zuständige Staatsanwalt Wolfgang Natale hatte noch im November 2008 gegenüber der Soko betont, er werde über die vermeintlichen Betrugsfälle erst entscheiden, wenn im Pilotverfahren ein Urteil vorliege. Drei Wochen später schrieb er aber bereits in einem Vermerk, alle Verfahren einstellen zu wollen. Zu diesem Zeitpunkt hatte er noch gar nicht alle Akten. Im Januar 2009 wurden die Verfahren von Natales Nachfolgerin Daniela Lichti-Rödl tatsächlich eingestellt, ohne dass Generalstaatsanwaltschaft und Justizministerium Einwände erhoben. Herr Natale war zu diesem Zeitpunkt schon zur Generalstaatsanwaltschaft befördert worden.

Die Nachricht, dass in Augsburg die Verfahren eingestellt worden waren, habe ihn „aus heiterem Himmel getroffen“, so Harz, da er diese Einstellungsverfügung nicht erwartet habe. Er sei vielmehr davon ausgegangen, dass man in Augsburg das Ergebnis des Pilotverfahrens abwarten würde.

Der im Münchner Pilotverfahren angeklagte Arzt wurde übrigens 2010 zu dreieinhalb Jahren Haft wegen Betruges verurteilt. Der Bundesgerichtshof bestätigte 2012 diese Verurteilung. Da waren die meisten anderen Taten aber bereits verjährt.

Das Jahr 2008, in dem es zum Bruch mit der Generalstaatsanwaltschaft kam, war ein Wahljahr und die CSU hatte ohnehin schon Differenzen mit dem Hausärzteverband. Erst kurz vor der Wahl kam es zu einer Einigung, woraufhin die Ärzte ihre Plakataktionen und Streikdrohungen einstellten. ■

DAS STICHWORT
Staatsanwälte

Staatsanwälte sind im Gegensatz zu Richtern nicht unabhängig, sondern unterliegen laut Gerichtsverfahrensgesetz den Weisungen ihrer Vorgesetzten.

Das bedeutet, es gibt sowohl eine interne Weisungsbefugnis der jeweiligen Dienstvorgesetzten wie auch eine externe Weisungsbefugnis der Landesjustizminister. Dies kann generelle Weisungen zur Bearbeitung von bestimmten Fallgruppen und spezielle Weisungen im Einzelfall betreffen. Letztendlich kann so der Justizminister als Mitglied der Exekutive Einfluss auf jeden bei den Staatsanwaltschaften anhängigen Fall nehmen.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat bereits in der letzten Legislaturperiode gefordert, das Einzelfallanweisungsrecht der Justizminister abzuschaffen. Allein die Existenz des externen Weisungsrechts des Justizministers lässt in der Öffentlichkeit bisweilen politische Beeinflussung vermuten.

Nachdem die damalige CSU/FDP-Mehrheit den Antrag abgelehnt hatte, forderten die FREIEN WÄHLER, das Weisungsrecht an Staatsanwälte z.B. nach österreichischem Vorbild transparenter zu gestalten. Sämtliche Anweisungen sollten demnach nur noch schriftlich und mit Begründung ergehen und der Landtag sollte jährlich Bericht erhalten. Auch dieser Antrag fand keine Mehrheit.

Florian Streibl, MdL
Rechtspolitischer Sprecher, Mitglied im Untersuchungsausschuss „Labor“

Agrarpolitik

Was sind Lebensmittel noch wert?

Die Demonstrationen vieler Landwirte in den letzten Wochen und Monaten wurden durch die zum Teil stark gesunkenen Preise ausgelöst, die die Produkte derzeit am Markt erzielen. Die Preisspirale der Discounter dreht sich immer weiter nach unten. Meist beginnt ein Discounter, umgehend ziehen die anderen nach.

„Gelegentliche Erklärungen seitens des Lebensmitteleinzelhandels, dass man sich der Verantwortung gegenüber den deutschen Erzeugern bewusst sei und auf Dumpingpreise und vor allem Rabattaktionen verzichte, sind nicht mehr als heiße Luft."

Dr. Leopold Herz, MdL,
agrarpolitischer Sprecher

„Unsere Grundnahrungsmittel werden einfach verramscht."

Die Wertschätzung für Lebensmittel geht zunehmend verloren, die Landwirte verdienen immer weniger. Wenn ein Liter Milch 51 Cent im Handel kostet, dann bleibt beim Landwirt nicht einmal so viel übrig, dass er seine Kosten decken kann.

Gerade beim Lebensmittel Fleisch ist die Lage fatal. Einerseits verlangt der Verbraucher mehr Tierwohl und dass die Tiere artgerecht gehalten werden sollen, andererseits soll aber das Fleisch gleichzeitig möglichst billig sein. Landwirte investieren in neue, moderne Haltungssysteme, erhalten aber keinen angemessenen Preis für ihre Erzeugnisse. Oft können mit den Erlösen gerade einmal die Produktionskosten gedeckt werden. Paradox, dass sich zwar Konsumenten und Lebensmitteleinzelhandel für mehr Tierwohl aussprechen, sich aber gleichzeitig bei den Frischfleischtheken im Discounter bedienen und immer wieder neue Preisrunden einläuten.

Gelegentliche Erklärungen seitens des Lebensmitteleinzelhandels, dass man sich der Verantwortung gegenüber den deutschen Erzeugern bewusst sei und auf Dumpingpreise und vor allem Rabattaktionen verzichte, sind nicht mehr als heiße Luft. Die Landwirte sind nicht auf Augenhöhe mit der Verarbeitungsindustrie und dem Handel, sie bekommen die Preise vielmehr diktiert.

„Von der Landwirtschaft wird erwartet, klein, regional und bäuerlich zu sein, aber das alles zu Discountpreisen. Das funktioniert einfach nicht."

Die Billigpreispolitik des Lebensmitteleinzelhandels stürzt unsere Bauernfamilien in den Ruin. Zu diesen Konditionen können die Betriebe nicht mehr wirtschaften, sie brauchen gewinnbringende Preise für ihre qualitativ hochwertigen Produkte.

Das Wirtschaften wird ohnehin immer schwieriger: Den Bauern werden Betriebsmittel entzogen, Schwierigkeiten bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln gemacht und auch beim Einsatz von Düngemitteln oder bei der medizinischen Versorgung von Tieren werden immer strengere Obergrenzen erlassen. Dabei ist die bayerische Landwirtschaft nicht nur wegen ihrer Erzeugnisse für unser Land unabdingbar, sondern auch wegen ihrer Bedeutung für die Pflege der Kulturlandschaft.

Unsere Fraktion hat deshalb einen Antrag eingebracht, in dem wir die Staatsregierung auffordern, sich auf Bundesebene für eine striktere Umsetzung des § 20 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung einzusetzen. Diese Regelung verbietet den Verkauf von Lebensmitteln unter Einstandspreis und soll damit Dumpingpreise verhindern. Wir sehen angesichts der jüngsten Preisentwicklung die Staatsregierung in der Verantwortung, die Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels dahingehend stärker zu kontrollieren. Vor diesem Hintergrund sehen wir auch die zunehmende Konzentration des Lebensmitteleinzelhandels kritisch und haben in einem Dringlichkeitsantrag außerdem gefordert, eine weitere Zunahme der Marktkonzentration im Lebensmitteleinzelhandel durch die geplante Übernahme von Kaiser's Tengelmann durch den Handelskonzern Edeka zu verhindern.

Für die bayerischen landwirtschaftlichen Betriebe würde die Übernahme nämlich eine massive Erhöhung des durch die derzeitige Situation auf den Agrarmärkten ohnehin schon bestehenden Preisdrucks bedeuten. ■

Dr. Leopold Herz, MdL
Agrarpolitischer Sprecher

Gemeinsame Inforeise an den Bodensee

Blick über den Tellerrand

Die beiden Arbeitskreise Gesundheit und Soziales sowie Umwelt und Landwirtschaft der Landtagsfraktion unternahmen eine gemeinsame Inforeise an den Bodensee. Ziel war es, vor Ort mit Experten ins Gespräch zu kommen.

Wie sehen die Notarztversorgung und der ärztliche Bereitschaftsdienst in unseren Nachbarländern Österreich und Schweiz aus? Darüber konnten sich die Mitglieder des Arbeitskreises Gesundheit und Soziales in Fachgesprächen informieren.

Im österreichischen Dornbirn fand ein informatives Treffen des Arbeitskreises mit Herrn Dr. Harald Schlocker, Kurienobmann der Landesärztekammer Vorarlberg, über das Gesundheitssystem in Österreich und insbesondere die Probleme des dortigen ärztlichen Bereitschaftsdienstes statt. Dr. Schlocker erläuterte, dass sich der ärztliche Bereitschaftsdienst im Umbruch befinde. Auch in Österreich wehren sich die Ärzte gegen Dienst rund um die Uhr und am Wochenende und die Probleme der Vereinbarkeit von Praxis und Familie rücken dort ebenfalls stärker in den Vordergrund. Verschärft wird diese Entwicklung durch eine steigende Anzahl weiblicher Ärzte. Versorgungsprobleme in ländlichen Regionen sind allerdings in Österreich gegenwärtig noch nicht brisant. Es ist aber davon auszugehen, dass dies zukünftig auch auf Vorarlberg zukommt. Derzeit diskutiert man dort viele Reformmöglichkeiten, doch zeichnet sich noch keine endgültige Lösung ab. Im Notfallbereich könnten interdisziplinäre Versorgungszentren im ländlichen Raum die Versorgung sicherstellen und in städtischen Gebieten die Spitalsambulanzen entlasten.

Die Abgeordneten N. Kraus, B. Zierer und H. Häusler beim Besuch des Flutpolders Weidachwiesen bei Immenstadt.

Beim Besuch des Familientreffs „Insel", von links nach rechts: M. Halfmann, Treffleitung, MdL Prof. (Univ. Lima) Dr. P. Bauer, MdL Dr. K. Vetter, MdL G. Schmidt.

Im schweizerischen Heiden erhielten die Mitglieder des Arbeitskreises von Herrn Dr. Simon Graf, Hausarzt und angehender Jurist, einen sehr anschaulichen Überblick über das schweizerische Gesundheitssystem und seine Besonderheiten. Er betonte, dass in der Schweiz die Kantone für den Notfalldienst zuständig seien, die die Ausführung und Organisation in die Hand der Ärztegesellschaften gegeben hätten. Der Notfalldienst sei zumeist an die Spitäler angebunden. Auch in weniger dicht besiedelten Gebieten bestehen aufgrund der

Unterwegs mit den Bodenseefischern.

MdL B. Zierer im Gespräch.

kantonalen, also kleinstrukturierten Organisation des Notfalldienstes keine größeren Probleme. Als Besonderheit schweizerischer Hausarztpraxen stellte sich das Dispensierrecht der Hausärzte heraus. Diese dürfen in der Praxis Arzneimittel direkt an die Patienten verkaufen. Graf betonte die guten Erfahrungen mit dieser Verfahrensweise, er als Arzt wisse am besten, welche Medikamente seine Patienten benötigten.

Besuch beim Familientreff „Insel“

Entlastung, Unterstützung und Bildung junger Eltern stellen wichtige familienpolitische Themen des Arbeitskreises dar. Daher besuchten die Abgeordneten der Fraktion den Familientreff „Insel“ in Friedrichshafen. Frau Simone Schilling, Amtsleiterin des Jugendamtes Bodenseekreis, Frau Sabine Braig-Schweizer, die zuständige Jugendamtssachbearbeiterin für Konzeptarbeit für Familientreffs, und Frau Monika Halfmann, Treffleitung Familientreff „Insel“, stellten das Konzept STÄRKE im Bodenseekreis vor. Gemeinsam besichtigte der Arbeitskreis den offenen Familientreff, der speziell junge Eltern im ersten Lebensjahr ihres Kindes und Familien bei der Bewältigung des Alltages unterstützt und die Erziehungskompetenz der Eltern fördern soll.

Besuch bei Obstbauern

Die Sorgen und Nöte der Landwirte im Bodenseeraum standen auf der Tagesordnung des Arbeitskreises Umwelt und Landwirtschaft. Beim Gespräch mit den Obstbauexperten Dr. Helmut Jäger, Vorsitzender des bayerischen Erwerbsobstbauverbandes e. V., Christian Knaus, Betriebsleiter der Versuchsstation für Obstbau in Schlachters, und Markus Kurek, Obstbauer aus Nonnenhorn, sowie beim Besuch in einem Betrieb konnten sich die Abgeordneten ein Bild verschaffen. Die Hauptkultur der rund 1.600 Erwerbsobstbaubetriebe ist mit über 7.000 Hektar der Apfel. Ähnlich wie bei den Milchbauern sind auch bei den Obstbauern die Großhandelspreise ruinös. Viele Familienbetriebe kommen kaum mehr über die Runden und müssen sich neue Absatzmärkte wie die Direktvermarktung erschließen. Erschwerend schwebt auch das Thema Mindestlohn wie ein Damoklesschwert über den Sonderkulturbetrieben. Die Familienbetriebe sind während der Erntezeit auf Saisonarbeiter angewiesen.

Des einen Freud, des andern Leid

Die Blüte der Kieselalge färbte dieses Jahr den Bodensee türkis- bis smaragdgrün. Was für Anwohner und Touristen ein farbenprächtiger Anblick ist, bereitet den Bodenseefischern massive Probleme. Denn das Zooplankton, das Futter der Felchen, Aushängeschild, Alleinstellungsmerkmal und der ganze Stolz der Bodenseefischer, ist von der dabei entstehenden Kalkausfällung bedroht. Der See ernährt immer weniger Fische. Wurden vor 20 Jahren noch knapp 1.000 Tonnen Felchen aus dem See geholt, sind es heute mit viel Glück gerade mal 300 Tonnen. Roland Stohr, Vorstand der Genossenschaft der bayerischen Bodenseeberufsfischer, fordert angesichts der schwierigen Lage Unterstützung von der Politik. Dem stimmen die Abgeordneten zu. ■

Dr. Karl Vetter, MdL
Vorsitzender des AK Gesundheit und Soziales

Benno Zierer, MdL
Vorsitzender des AK Umwelt und Landwirtschaft

AUS DER KOMMUNALPOLITIK IN DEN LANDTAG

Hilfe zur Selbsthilfe

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion spendet Feuerwehrauto an Hilfsorganisation Orienthelfer e. V.

Tagtäglich sind die Menschen in Kriegsgebieten mit Gefahren wie Bränden, Unfällen oder Luftangriffen konfrontiert, oftmals müssen danach leider auch Leichen geborgen werden. Die Feuerwehr ist in solchen Fällen gefragt. Den Helfern vor Ort aber fehlt häufig die notwendige Ausrüstung, um effektiv zu sein. Diesem Problem wollten die FREIEN WÄHLER wenigstens ein Stück weit begegnen und haben deshalb ein Feuerwehrauto an die Organisation Orienthelfer e. V. übergeben.

„Wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe leisten.“ Wir wollen den Menschen in den Flüchtlingseinrichtungen – beispielsweise im Libanon und in Jordanien – eine Perspektive geben. Fluchtursachen bekämpfen heißt konkret, dass die Menschen Hilfe vor Ort erhalten und sich damit nicht auf den Weg nach Deutschland machen müssen.

Kabarettist Christian Springer alias Fonsi ist Gründer und Vorstand von Orienthelfer e. V. Er engagiert sich seit 2012 für die Opfer des Syrienkonflikts. Bereits im Frühjahr war er bei der Landtagsfraktion zu Gast und hat damals berichtet, wie schwer es sei, an die dringend benötigte Ausrüstung wie beispielsweise Feuerwehrfahrzeuge zu gelangen, um sie den Helfern vor Ort zur Verfügung zu stellen. Denn nach der bislang geltenden Regelung war es nicht möglich, Hilfsorganisationen Ausrüstungsgegenstände kommunaler Einrichtungen wie beispielsweise ausgesonderte Feuerwehrfahrzeuge unter Wert oder unentgeltlich zu überlassen.

Schon wenige Wochen später übergaben die FREIEN WÄHLER auf dem Bauernhof des Freisinger Abgeordneten Benno Zierer unter anderem zwei Einsatzfahrzeuge für die Feuerwehr, Atemschutzgeräte, Feuerwehrschläuche, Einsatzkleidung und Sanitätsausrüstung an

Springer. Wenige Wochen später konnte MdL Dr. Hans Jürgen Fahn für die Orienthelfer weitere Hilfsgüter in Unterfranken entgegennehmen. Wir haben außerdem mit Staatsminister Joachim Herrmann ein Gespräch geführt, inwieweit es möglich wäre, das gesetzliche Verbot, Hilfsorganisationen kommunale Ausrüstungsgegenstände unter Wert bzw. kostenlos zu überlassen, anzupassen.

„Wir FREIEN WÄHLER wollen den Menschen in den Flüchtlingseinrichtungen eine Perspektive geben."

Hubert Aiwanger, MdL,
Fraktionsvorsitzender der
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Im Juli diesen Jahres erging nun ein Schreiben des Bayerischen Innenministeriums an die Regierungen, Kreisverwaltungsbehörden und Bezirke, unter welchen Bedingungen die Überlassung ausgesonderter Ausrüstungsgegenstände kommunaler Einrichtungen an Hilfsorganisationen in Ausnahmefällen doch möglich ist. Wir sehen darin durchaus einen Schritt in die richtige Richtung.

Darüber hinaus war es aber auch uns Abgeordneten wichtig zu helfen. Wir haben in der Fraktion Spenden gesammelt und konnten so ein voll ausgerüstetes Tanklöschfahrzeug übergeben. Das Auto samt Ausrüstung und einem Handbuch auf Arabisch wird laut Christian Springer in den Libanon gebracht. Mit einer Spedition wird es von Hamburg nach Beirut verschifft und von dort aus zu seinem neuen Einsatzort gefahren.

Hubert Aiwanger übergibt das Feuerwehrauto an Christian Springer.

DAS STICHWORT
Orienthelfer e.V.

Orienthelfer e. V. ist ein gemeinnütziger Verein, der 2012 von dem Kabarettisten Christian „Fonsi" Springer in München gegründet wurde. Ziel ist unter anderem die humanitäre Unterstützung der Opfer des Syrienkonflikts.

Nachhaltigkeit, Hilfe zur Selbsthilfe, Direktheit und Schnelligkeit sind die obersten Prinzipien des Vereins. Es wird sichergestellt, dass die Spenden komplett bei den Betroffenen ankommen. Alle Vereinsmitglieder arbeiten ehrenamtlich.

Orienthelfer e.V. ist regelmäßig selbst unterwegs, um syrischen Flüchtlingen in vielen Belangen und in verschiedenen Ländern zu helfen, zurzeit im Libanon, in Jordanien, Ägypten, Jemen, der Türkei, Syrien.

Durch die Mithilfe vertrauensvoller Mittelsmänner vor Ort kann eine durchgängige Hilfeleistung garantiert werden. Die Leistungen reichen von direkter finanzieller Unterstützung in der ersten Not über die Finanzierung von Operationen und notärztlichen Transporten bis hin zur Organisation und Finanzierung von Ausbildungsplätzen für syrische Mädchen.

Von der Fläche her ist der Libanon vergleichbar mit Niederbayern. Er hat rund sechs Millionen Einwohner. Dorthin sind knapp zwei Millionen Syrer geflohen. Sie wurden in Gemeinden und in Flüchtlingslagern untergebracht.

Die Brandgefahr ist dort besonders hoch, denn die Menschen kochen und heizen dort mit primitiven Mitteln, oftmals sind bereits ganze Zeltstädte komplett abgebrannt, wie uns Christian Springer berichtete. Viele ursprünglich kleine Gemeinden im Libanon, die nun durch die Flüchtlinge auf viele Tausend Menschen angewachsen sind, haben aber leider kein Feuerwehrauto. ■

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Aus allen bayerischen Regierungsbezirken

Unsere liebsten Plätzchenrezepte

Weihnachtszeit ist Plätzchenzeit. Wir haben für Sie leckere Rezepte aus ganz Bayern zusammengetragen. Viel Spaß beim Ausprobieren!

Pfeffernüssla (Oberfranken)

Zutaten: 4–5 Eier, 500 g Puderzucker, 500 g Mehl (feines Weizenmehl, Typ 450), Gewürze wie Anis, Nelke, Zimt und Muskatnuss, 1 Msp. Hirschhornsalz oder etwas Backpulver

Zubereitung: Eier und Zucker gut schlagen, bis eine luftige Crème entsteht. Die Gewürze und das Mehl vorsichtig darunterheben, durchkneten und 10 Minuten ruhen lassen. Den noch leicht klebenden Teig in vier Teile teilen und auf einem mit Mehl bestäubten Brett 8–10 mm dick ausrollen. Den Teig nochmals leicht mit Mehl bestäuben. Traditionell werden Pfeffernüssla mit Modeln verziert. Wer solche besitzt, mehlt sie hauchdünn aus und drückt sie gleichmäßig in die Teigplatten. Danach schneidet man die einzelnen Bildmotive mit einem Messer aus und legt sie auf ein mit Backpapier ausgeschlagenes Blech. Den eventuell trockenen Restteig immer mit feuchten Händen weiterverarbeiten.

Nach 12–24 Stunden Trocknungszeit an einem warmen Ort werden die Pfeffernüssla bei ca. 150–160 °C auf der unteren Ofenschiene ca. 12–15 Minuten lang gebacken. Man kann beim Backen einen Holzlöffel in die Backofentür klemmen, damit die Feuchtigkeit abzieht.

Süße Bienenwaben (Unterfranken)

Zutaten für den Mürbteig: 275 g Mehl, 1 Ei, 175 g Butter, 150 g Zucker, 1 Päckchen Vanillezucker, 1 Päckchen Zitronenaroma

Zutaten für den Belag: 100 g Karamellsirup, 100 g Mandelblättchen, 50 g fein gehackte rote Belegkirschen, 50 g gehacktes Zitronat

Zubereitung: Mehl, Ei, Butter, Zucker, Vanillezucker und das Zitronenaroma mit bemehlten Händen von außen nach innen zu einem Mürbteig verkneten. In Folie gewickelt mindestens eine Stunde im Kühlschrank ruhen lassen. Anschließend den Teig auf einer bemehlten Arbeitsfläche ausrollen und rechteckige, gezackte Plätzchen ausstechen. Für den Belag den Karamellsirup leicht erwärmen, die gehackten Mandelblättchen, die Belegkirschen und das Zitronat einrühren. Auf jedes Plätzchen nur wenig Masse geben.

Die süßen Bienenwaben auf ein mit Backpapier ausgelegtes Backblech setzen und im auf 180 °C vorgeheizten Backofen 10–15 Minuten backen. Anschließend erkalten lassen.

Schwäbische Albertle

Zutaten: 125 g Butter, 4 Eier, 250 g Zucker, 375 g Mehl plus Mehl zum Ausrollen, 250 g Stärkemehl, 2–3 EL Sahne, 1 Päckchen Backpulver

Zubereitung: Butter mit dem Handrührgerät schaumig rühren. Zucker und Eier zugeben und ebenfalls gut unterrühren. Mehl, Stärkemehl und Backpulver vermischen, unterrühren und alles mit dem Knethaken oder den Händen zu einem Teig verkneten. Teig luftdicht einwickeln oder in eine Tupperschüssel geben und 1 Stunde im Kühlschrank kalt stellen. Backofen auf 160 °C vorheizen und Backblech einfetten oder mit Pergamentpapier auslegen.

Den Teig auf einer gut bemehlten Arbeitsfläche dünn ausrollen und mit dem Reibeisen ein Muster aufdrücken. Dann runde Plätzchen ausstechen und auf das vorbereitete Backblech legen. Plätzchen ca. 10 Minuten hell backen. Auf einem Kuchengitter komplett auskühlen lassen und in festschließenden Blechdosen aufbewahren. Nach 2 Wochen Lagerung schmecken die Albertle noch besser.

Karamell-Walnuss-Busserln (Niederbayern)

Zutaten für den Teig: 300 g Mehl, 100 g gemahlene Walnüsse, 50 g Speisestärke, 120 g Zucker, 1 Päckchen Vanillezucker, je 1 gestr. TL Nelken- und Kardamompulver, 225 g kalte Butter, 1 Ei, 3–4 EL Wasser

Zutaten für die Glasur: 100 g Zucker, 100 ml Sahne, 2 EL Honig, 2 EL Rum, 50 g Walnüsse

Zubereitung: gemahlene Walnüsse, Mehl, Stärke, Zucker, Vanillezucker und Gewürze mischen. Butterstücke, Ei und Wasser zugeben und gut zu einem glatten Teig verkneten. Teig kühl stellen. Aus dem Teig kirschgroße Kugeln formen und auf ein Backblech setzen (Backpapier!). Mit dem Kochlöffelstiel Mulden in die Kugeln drücken und bei 160 °C (Umluft) ca. 18–20 Minuten backen.

Die Plätzchen auskühlen lassen. Zucker in einem Topf karamellisieren lassen. Rum, Honig, Sahne hinzufügen und unter Rühren ca. 6–8 Minuten einkochen lassen. Walnüsse hacken und ohne Fett in einer Pfanne rösten. Die Mulden mit Karamell auffüllen, Walnüsse daraufstreuen und restlichen Karamell darüberräufeln. Trocknen lassen.

Lebkuchen (Mittelfranken)

Zutaten: 300 g Zitronat, 300 g Orangeat, 4 Eier, 8 Päckchen Vanillezucker, 3 TL Zimt, 1 TL gemahlene Nelken, 1 TL Kardamom, ½ TL frisch geriebener Muskat, 1 TL Koriander, 250 g Puderzucker, 8 EL Rum (40 %), 800 g gemahlene Mandeln, 20 Oblaten, 20 Mandeln, Kuchenglasur (Haselnuss- oder Schoko)

Zubereitung: Zitronat und Orangeat zerkleinern. Eier mit Vanillezucker mind. 3 Minuten in der Küchenmaschine sehr schaumig schlagen. Zimt, Nelken, Kardamom, Muskatnuss und Koriander zugeben. Puderzucker langsam unter die Masse geben, Rum zufügen. Die Mandeln im Wechsel mit dem Zitronat/Orangeat untermengen. Mit leicht feuchten Händen aus dem Lebkuchenteig Kugeln formen, auf die Oblaten setzen und flachdrücken. Die Lebkuchen sollten in der Mitte etwa 1,5 cm hoch sein. Auf ein mit Backpapier ausgelegtes Blech setzen und mindestens 2 Stunden trocknen lassen. Bei 180 °C (Umluft 140 °C) 20–22 Minuten backen lassen.

Die etwas abgekühlten Lebkuchen mit der flüssigen Glasur überziehen. Jeweils eine abgezogene Mandel in die Mitte setzen. Die Lebkuchen in einer Blechdose mindestens 1 Woche ruhen lassen.

Alpenbrot (Oberbayern)

Zutaten: 500 g Mehl, 1 TL Backpulver, 30 g Kakaopulver, 1 Msp. Zimt, 1 Msp. Kardamom, 1 Msp. gemahlener Anis, 1 Msp. gemahlene Nelken, 250 g weiche Butter, 250 g Zucker, 2 Eier

Zutaten für den Guss: 150 g Puderzucker, Zitronensaft

Zubereitung: Mehl, Backpulver, Kakaopulver und Gewürze vermischen. Butter und Zucker mit den Händen oder dem Handrührgerät unterrühren. Zuletzt die Eier unterkneten. Alles rasch zu einem kompakten Teig verkneten. Den Teig in ca. 6 Portionen teilen und jeweils zu einer langen, dünnen Rolle formen (jeweils ca. so lang, dass sie quer auf das Backblech passt). Jeweils 3 Rollen auf ein mit Backpapier belegtes Backblech legen und im vorgeheizten Backofen bei 180 °C (Umluft) ca. 10–15 Minuten backen.

Die Zutaten für den Guss verrühren und die Rollen sofort nach dem Backen dick damit bestreichen. Etwas abkühlen lassen und dann noch warm mit einem scharfen Messer diagonal in ca. 2 cm dicke Stücke schneiden. Auskühlen lassen.

Oberpfälzer Haferplätzchen

Zutaten: 80 g Butter, 120 g kernige Haferflocken, 4 EL Zucker, 1 Ei, Salz, 50 g Mehl, 1 gestr. TL Backpulver

Zubereitung: Butter, Haferflocken und 1 Esslöffel Zucker in einer Pfanne unter ständigem Rühren anrösten. Haferflocken aus der Pfanne schütten und abkühlen lassen. Restlichen Zucker, Ei und 1 Prise Salz mit dem Handrührer dickschaumig aufschlagen. Mehl und Backpulver mit den Haferflocken mischen. Haferflockenmischung unter die Eimasse heben.

Backbleche mit Backpapier auslegen und mit einem Teelöffel kleine Häufchen auf das Backpapier setzen. Haferplätzchen im vorgeheizten Ofen bei 180 °C (Gas 2–3, Umluft 170 °C) auf mittlerer Schiene nacheinander ca. 10 Minuten goldbraun backen, vollständig auskühlen lassen und zwischen Lagen von Pergamentpapier in Blechdosen schichten.

Kühl und trocken gelagert halten sie sich ca. 4 Wochen.

Unser Jahresrückblick

Politische Erfolge der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende entgegen. Ob kommunale oder regionale Fragen, Wirtschaft, Gesundheit oder Bildung: Als Abgeordnete haben wir uns in zahlreichen Bereichen für Ihre Belange eingesetzt. Hier wollen wir Ihnen im Rückblick noch einmal einige unserer politischen Erfolge vorstellen.

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Beim Thema Mindestlohn konnten wir ein Antragspaket durchsetzen, das vor allem Mittelstand, Handwerk und Familienbetriebe von überbordender Bürokratie entlasten soll. Mitarbeitende Familienangehörige sollen damit generell vom Mindestlohn ausgenommen sein. Außerdem fordern wir eine Absenkung der Verdienstgrenze für die Dokumentationspflicht von 2.958 Euro auf 1.900 Euro. Wir gehen damit über die von Bundesministerin Nahles angekündigten Nachbesserungen hinaus. Wichtig war uns auch die Sub- oder Nachunternehmerhaftung. Wir haben erfolgreich gefordert, dass die Nachunternehmerhaftung nach § 13 des Mindestlohngesetzes ersatzlos gestrichen wird.

Wir konnten uns mit der Forderung durchsetzen, dass unabhängig von einer Einigung auf europäischer Ebene das steuerliche Abzugsverbot für die europäische Bankenabgabe für kleine und mittlere Banken mit einer Bilanzsumme bis zu fünf Milliarden Euro beseitigt wird. Dies kommt vor allem regionalen kleinen und mittleren Banken, insbesondere Genossenschaftsbanken und Sparkassen, zugute.

Auf unsere Initiative hin wurde die Staatsregierung aufgefordert, zu prüfen und zu berichten, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um den Aspekt der Wirtschaftlichkeit bei der Planung und Durchführung staatlicher Hochbaumaßnahmen stärker zu berücksichtigen.

BILDUNG

Mehr Alltagswissen an Schulen ist eine langjährige Forderung der FREIEN WÄHLER. Mit einem erfolgreichen Antrag sind wir diesem Ziel einen Schritt näher

gekommen. Die Staatsregierung ist aufgefordert zu berichten, ob in den Lehrplänen aller Schularten die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur Verbraucherbildung an Schulen umgesetzt werden, ob die Themenfelder Finanzen, Marktgeschehen und Verbraucherrecht, Ernährung und Gesundheit, Medien und Information sowie nachhaltiger Konsum und Globalisierung ausreichend berücksichtigt sind oder ob hierzu ein eigenes Unterrichtsfach eingeführt werden muss.

Seit Beginn des Schuljahres 2015/16 gibt es erstmals 47 Modellschulen G9. Wir sehen darin einen nachträglichen Erfolg unseres Volksbegehrens zur Wahlfreiheit an Gymnasien und einen ersten Schritt bei der Rückkehr zu G9.

GESUNDHEIT

Auch unserem Antrag „Prästationäres MRSA-Screening bei planbaren Krankenhausaufenthalten einführen – Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts umsetzen!“ wurde von der CSU zugestimmt. Die Staatsregierung ist damit aufgefordert, sich bei planbaren Krankenhausaufenthalten dafür einzusetzen, dass die Kosten eines prästationären MRSA-Screenings durch niedergelassene Ärzte getragen werden müssen.

Aufgrund unseres Antrags wird auch JuvenTUM, eine Präventionsinitiative der Technischen Universität München, fortgeführt. Das Projekt zielt auf eine Bewegungsförderung bei Schülern und richtet sich hierfür an Kinder, Eltern und Lehrer.

REGIONALE BELANGE

Unsere Forderung an die Staatsregierung, sich gegenüber dem hessischen Wirtschaftsministerium dafür einzusetzen, dass der Landkreis Aschaffenburg weiterhin stimmberechtigtes Mitglied in der Frankfurter Fluglärmkommission bleibt, bzw. darauf hinzuwirken, dass die gesamte Region Bayerischer Untermain stimmberechtigtes Mitglied wird, fand ebenfalls die Zustimmung des Landtags.

DAS GEHT UNS ALLE AN

Die Altersgrenze für Schöffen soll abgeschafft werden. So lautet eine Forderung der FREIEN WÄHLER, der das Plenum einstimmig zustimmte. Angesichts der demografischen Entwicklung ist es nicht nachvollziehbar, dass ältere Menschen durch willkürlich gesetzte Altersgrenzen vom Engagement für die Gesellschaft abgehalten werden. Gerade ältere Menschen bringen wertvolle Lebenserfahrung für das Schöffenamt mit. Die Fraktion hat bereits einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht.

Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staats- oder Volkszugehörigkeit durch fremde Staatsgewalt während des Zweiten Weltkriegs und der Zeit unmittelbar danach zur Zwangsarbeit herangezogen wurden – so lautet unsere Forderung. Wir sehen in einer solchen Entschädigung eine längst überfällige und notwendige humanitäre Geste und konnten auch die übrigen Landtagsfraktionen davon überzeugen.

Der Untersuchungsausschuss „Labor“ sorgte das ganze Jahr über für Schlagzeilen. Was kaum einer weiß: Er wurde auf Initiative der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion eingerichtet.

Auch mit unserer Forderung nach 50 zusätzlichen Stellen für Verwaltungsrichter zur Beschleunigung der Asylverfahren konnten wir uns durchsetzen. ■

Ausblick 2016:
Auf unserer Winterklausur im Januar werden wir die politische Agenda 2016 erarbeiten. Im Januar steht außerdem die turnusgemäße Neuwahl des Vorstands an.

E-Government à la CSU

Moderne Verwaltung geht anders

Die digitale Verwaltung muss den Bürgern einen unmittelbaren Mehrwert geben. Sie soll es ermöglichen, alle Behördengänge und die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung auch online abwickeln zu können. Die Technik steht schon lange zur Verfügung, doch Deutschland und Bayern hinken hinterher: Wir reihen uns gegenwärtig im internationalen „E-Government Development Index“ auf Platz 21 hinter Ländern wie Bahrain ein und spielen in einer Liga mit Uruguay, Russland und Kasachstan. Endlich – kurz vor der letzten Sommerpause – wurde dem Landtag der Entwurf der CSU-geführten Staatsregierung für ein bayerisches E-Government-Gesetz übermittelt.

Eine Revolution sieht sicherlich anders aus, auch wenn der zuständige, Marketing-affine Finanzminister Söder dies in der Öffentlichkeit gerne so darstellt: Ein großes Ziel dieses Gesetzes sollte beispielsweise die Reduzierung der Tausende von Schriftformerfordernissen sein. Doch lediglich bescheidene 40 davon stehen auf der Streichliste.

E-Government wird nur funktionieren, wenn die Landkreise, Städte und Gemeinden geschlossen mitmachen und die Akzeptanz bei den Bürgern eine kritische Masse erreicht. Das bedeutet zum einen, dass der Freistaat finanzielle Nachteile der Kommunen ausgleichen muss, wenn die Kosten für die IT-Infrastruktur letztendlich höher sind als die versprochenen Einsparungen. Zum anderen braucht es das Vertrauen der Bürger in die IT-Sicherheit. Davon hängt meines Erachtens auch letztlich der Erfolg von E-Government ab, da in Zeiten zunehmender Cyberkriminalität und des NSA-Skandals Datensicherheit ein sehr hohes Gut ist.

Problematisch ist deshalb, dass die Staatsregierung nicht sofort, sondern erst ab 2020 geeignete Verschlüsselungsverfahren für die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung vorschreiben will. Auch plant sie Aspekte der Datensicherheit ohne Mitwirkung des Gesetzgebers durch Verordnung zu regeln, was wir scharf kritisieren.

Leider wurde auch die Chance im Gesetzentwurf verspielt, den Staat transparenter zu machen und den Zugang zu Informationen für die Bürger zu erleichtern. Ihr antiquiertes Staatsverständnis erinnert an die intransparente Verhandlungsführung, wie wir sie bei Handelsabkommen wie TTIP wahrnehmen können. Denn echte Informationsfreiheit ist sichtlich nicht erwünscht: So führt die CSU zwar grundsätzlich ein allgemeines Auskunftsrecht für die Bürger ein, stutzt es aber zugleich durch viele Hürden, Einschränkungen und Ausnahmen so weit zurecht, dass der Mehrwert sehr überschaubar wird. Es ist nicht einmal sichergestellt, dass der interessierte Bürger Akteneinsicht erhält, sondern letztendlich vielleicht nur mit einer knappen mündlichen Auskunft abgespeist werden kann. Mit diesem Konstrukt reihen wir uns im deutschlandweiten Vergleich sehr weit hinten ein.

Ob unsere diesbezüglichen Änderungsanträge von der Regierungsmehrheit unterstützt werden, bleibt gegenwärtig noch abzuwarten. Insgesamt lässt das geplante Gesetz aber viele Fragen offen und Probleme der Datensicherheit bleiben ungelöst. Es wird zumindest dem Anspruch der Vorreiterrolle Bayerns im digitalen Zeitalter und in der modernen Verwaltung keinesfalls gerecht. ■

Peter Meyer, MdL
Mitglied im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes

Besuch bei Polizeipräsidien und Gewerkschaften

Der Austausch mit Experten ist unabdingbar

„Die Bürger erwarten zu Recht, dass wir Politiker uns in den Ressorts, in denen wir vorrangig tätig sind, auch auskennen."

Mit diesem Anspruch bin ich im Frühjahr 2014 auch in meine neue Aufgabe als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport gestartet. Gerade im Bereich der inneren Sicherheit wollte ich möglichst schnell alle relevanten Themen durchdringen und habe mich dazu an die Experten gewandt. Ich war inzwischen bei fast allen bayerischen Polizeipräsidien zu Gast und habe mich vor Ort über die Sorgen und Wünsche der Polizei informiert.

Außerdem stehen meine Fraktionskollegen und ich in ständigem Kontakt mit den Polizeigewerkschaften, um auch die Meinung der Beschäftigten aus erster Hand zu erfahren. Ganz oft sind die Probleme und Wünsche von Präsidien und Gewerkschaften identisch, zu manchen Themen gibt es aber auch unterschiedliche Ansichten. Gerade die Diskussion mit allen Beteiligten ermöglicht es uns, die Probleme besser zu verstehen und an einer Lösung konstruktiv mitzuarbeiten.

Doch bei meinen Gesprächen in allen Teilen Bayerns geht es nicht nur darum, was wir als FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag konkret verändern sollen. Ich freue mich auch, zu erfahren, was polizeiintern schon alles bewegt wird. Die Beamten haben zahlreiche gute Ideen und finden immer wieder gute Lösungen, um die Sicherheit in Bayern auf dem hohen Niveau zu halten, um das uns der Rest der Republik immer wieder beneidet. Was mich ganz besonders beeindruckt hat, war daher der Satz eines Polizeibeamten: „Wir Polizeibeamte sind darauf trainiert, Lösungen zu finden. Nur zu jammern ist nicht unsere Aufgabe." Das kann ich bestätigen. Danke für diesen Einsatz! ■

Eva Gottstein, MdL
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Eva Gottstein zu Besuch bei den Polizeigewerkschaften (oben) und den Polizeipräsidien München (unten) und Unterfranken (ganz unten).

Krankenhausreform

Eine echte Herausforderung

Mehr Qualität und trotzdem gute Erreichbarkeit gerade im ländlichen Raum.

Die Reform der Krankenhäuser schlägt hohe Wellen. Der vom Bundesgesundheitsministerium vorgelegte Gesetzentwurf sorgte bei den Kliniken für Empörung. Und tatsächlich sah der ursprüngliche Entwurf eine Vielzahl von finanziellen Kürzungen vor, die zu einer ernsthaften Qualitätssteigerung im Widerspruch stehen und gerade für viele kleinere Krankenhäuser eine erhebliche Belastung bedeutet hätten. Erfreulicherweise hat die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die sich mit der Krankenhausreform befasst, diese finanziellen Belastungen erheblich reduziert. So sind die Abschläge für wirtschaftlich begründete Fallzahlsteigerungen auf drei Jahre begrenzt worden und auch Ausnahmen bei nicht mengenanfälligen Leistungen wie beispielsweise bei Geburten sollen berücksichtigt werden. Ebenso bleibt der Versorgungszuschlag in Höhe von 0,8 % erhalten und soll für die Pflege aufgewendet werden. Das sind für Bayern immerhin rund 85 Millionen Euro.

Aber trotz dieser Nachbesserungen ist abzusehen, dass diese Krankenhausstrukturreform zu einem Sterben kleinerer Krankenhäuser führen wird. Wenn ein Haus Leistungen nur abrechnen darf, wenn es jährlich eine gewisse Mindestmenge davon behandelt, ist dies für die Qualität der Leistung sicher förderlich. Wer eine Operation häufig durchführt, hat mehr Praxis und wird weniger Fehler machen. Allerdings bedeutet diese Anforderung auch, dass kleinere Häuser gewisse Leistungen nicht mehr abrechnen können, weil ihnen die Fallzahlen fehlen. Es könnte sogar die Gefahr bestehen, dass mehr Operationen durchgeführt werden, um die Mindestmenge zu erreichen. Dies würde dem Patienteninteresse aber deutlich widersprechen. Das Bestreben, die Anzahl der Krankenhäuser zu reduzieren, ist damit zu begründen, dass die Krankenhausdichte in Deutschland sehr unterschiedlich ist. In Bayern kommen 263 Krankenhäuser auf zehn Millionen Einwohner. Das ist deutlich mehr als in den meisten anderen Bundesländern (Statistisches Bundesamt 2014).

Wir FREIE WÄHLER Landtagsfraktion befürworten eine gründliche Abwägung der Interessen, d. h. sowohl Anreize für eine Qualitätssteigerung als auch die Sicherstellung der wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung. Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung müssen auch im ländlichen Raum in angemessener Zeit zu erreichen sein. Insofern setzen wir uns dafür ein, dass schnellstmöglich nach Inkrafttreten des Reformgesetzes von der Möglichkeit der Sicherstellungszuschläge Gebrauch gemacht wird. Die Vorhaltung bedarfsgerechter Krankenhäuser darf nicht allein dem Wettbewerb überlassen bleiben. Wir fordern eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung der Krankenhäuser, Anreize zur Qualitätsverbesserung und die Sicherstellung der wohnortnahen Erreichbarkeit. ■

Dr. Karl Vetter, MdL
Gesundheitspolitischer Sprecher

Interpellation

Pflege in Bayern – häuslich, ambulant und stationär

Altenpflege – das geht uns ALLE an!

Pflege ist eines der bedeutendsten, aktuellsten und brisantesten Themen in unserer Gesellschaft. Grund genug, ihr auch politisch die volle Aufmerksamkeit zu widmen. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen wir uns seit Jahren für eine Verbesserung im Bereich der Pflege ein. Unser Ziel ist, für die Pflege ein zukunftstaugliches und nachhaltiges Gesamtkonzept zu entwickeln.

Ein weiterer wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die Interpellation zur Pflege in Bayern, die wir im Bayerischen Landtag eingereicht haben. Mit ihr sollen wichtige Fragestellungen im Bereich Pflege genauer beleuchtet werden. Knapp 300 Fragen muss die Staatsregierung beantworten. Die Themenkomplexe reichen dabei von der Personalsituation über Finanzierungsfragen zu alternativen Wohnformen für pflegebedürftige Menschen bis zum „grauen Pflegemarkt". Welche Konzepte verfolgt die Staatsregierung, um die Finanzierung der Pflege in Bayern mittel- und langfristig sicherzustellen? Wie lässt sich die Vereinbarkeit von Beruf und Angehörigenpflege bewerkstelligen? Wie viele Menschen in Bayern nehmen Angebote des betreuten Wohnens zu Hause in Anspruch? Wie stellt sich die regionale Verteilung in Bayern dar? Welchen Anteil an der Pflegeversorgung hat der „graue Pflegemarkt" und was gedenkt die Staatsregierung gegen diese rechtswidrige Praxis zu tun?

„Die Rahmenbedingungen in der Pflege sind nach wie vor dringend verbesserungsbedürftig."

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL, pflegepolitischer Sprecher

Diese und viele weitere Fragen wollen wir geklärt wissen. Wir wollen damit auf die prekäre Situation der Pflege in Bayern aufmerksam machen und fordern Antworten von der Staatsregierung auf diese dringenden Fragen ein. So steigen beispielsweise viele Pflegefachkräfte aufgrund der widrigen Rahmenbedingungen nach kurzer Zeit aus dem Beruf aus. Hier wollen wir wissen, welche Maßnahmen bisher entwickelt wurden, um Berufsaussteiger für die Pflege zurückzugewinnen.

DAS STICHWORT
Interpellation

Eine Interpellation ist eine große öffentliche Anfrage an die Staatsregierung über besonders wichtige Angelegenheiten.

Sie kann von einer Fraktion oder 20 Abgeordneten eingebracht werden.

In der letzten Legislaturperiode hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bereits zwei Interpellationen zur Landesentwicklung und Regionalplanung in Bayern sowie zur medizinischen Versorgung in Bayern eingebracht.

Die prekäre Situation im gesamten Pflegebereich wird sich zukünftig aufgrund der stark steigenden Anzahl von pflegebedürftigen Menschen, der immer noch mangelnden Wertschätzung, die sich vor allem in der niedrigen Bezahlung ausdrückt, und der nach wie vor verbesserungsbedürftigen Rahmenbedingungen noch weiter zuspitzen. Wir müssen also unbedingt Maßnahmen ergreifen, um den Pflegeberuf für junge Menschen attraktiver zu gestalten. Ein wichtiger Baustein hierfür ist die Schaffung einer Pflegekammer. Nur so kann der weiter steigende Bedarf an gut ausgebildeten und motivierten Pflegekräften auf Dauer gedeckt werden. ■

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
Pflegepolitischer Sprecher

Die Kinderkommission

Ein sehr besonderes Gremium

Der Bayerische Landtag ist – neben dem Deutschen Bundestag – das einzige Parlament in Deutschland, das über eine Kinderkommission verfügt. Die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder im Landtag, so der offizielle Name, war erstmals in der vergangenen Wahlperiode aktiv und wurde mit Beschluss des Landtags auch heuer wieder eingesetzt. Neben Gabi Schmidt als Vertreterin der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion stellen mit Tanja Schorer-Dremel von der CSU, Doris Rauscher von der SPD und Gisela Sengl von den Grünen alle Fraktionen ein Mitglied. Weitere Besonderheit des Gremiums ist, dass Beschlüsse nur einstimmig getroffen werden können. Obwohl das Gremium paritätisch besetzt und bei den Kräfteverhältnissen ausgeglichen ist, geriet der Start der aktuellen Kinderkommission aus Sicht der Opposition unglücklich, da die CSU die bewährten Verfahren der Kommission aus der vergangenen Wahlperiode im Alleingang änderte. Bisher unterstrich die Kinderkommission ihren überparteilichen Auftrag neben gleichberechtigten Landtagsfraktionen auch mit regelmäßig wechselndem Vorsitz.

„Ohne Not und gegen den Widerstand der FREIEN WÄHLER hat die CSU-Fraktion mit ihrer absoluten Mehrheit aber beschlossen, den Vorsitz allein zu stellen."

Gabi Schmidt, MdL,
Mitglied der Kinderkommission
des Bayerischen Landtags

Dabei hatte die CSU gemeinsam mit den anderen Fraktionen erst kurz zuvor empfohlen, die Kinderkommission in ihrer früheren Form mit wechselndem Vorsitz fortzusetzen.

Die Besonderheiten in der Organisation der Kinderkommission sollen deutlich machen, dass es allein um die Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen geht. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft und müssen in ihrer Einzigartigkeit die bestmögliche Förderung erhalten. Parteipolitische Scharmützel wären hier absolut fehl am Platz. Die Kinderkommission hat als „Anwalt der Kinder und Jugendlichen" insofern

Die Mitglieder der KiKo am Tag der offenen Tür im Bayerischen Landtag: G. Sengl, D. Rauscher, G. Schmidt, T. Schorer-Dremel (von links nach rechts).

die konkrete Aufgabe, die Auswirkungen aller politischen Entscheidungen auf Kinder zu prüfen und deren Interessen in den parlamentarischen Prozess einzubringen. So wurde aufgrund der Flüchtlingssituation beispielsweise die Empfehlung ausgesprochen, eine Klassenteilung bei Überschreiten der Klassenhöchststärke aufgrund vieler Schüler mit Migrationshintergrund auch während des Schuljahres zu ermöglichen. Gleichzeitig sollen die besonderen Problemlagen von Kindern und Jugendlichen gebündelt und in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Dies erfolgt beispielsweise durch Vor-Ort-Termine wie einen Besuch der Kinderkommission im Bundestag oder der Sondersitzung im Sonderpädagogischen Förderzentrum in Eichstätt.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion verfolgt insgesamt das Ziel, dass alle Kinder dazugehören können, egal ob arm oder reich, hier gebürtig oder zugereist, mit oder ohne Behinderung. Denn alle Kinder verdienen eine faire Chance. ■

Gabi Schmidt, MdL
Mitglied der Kinderkommission des Bayerischen Landtags

Kontaktieren Sie uns!

Gerne können Sie sich mit Ihren Anliegen und Fragen auch direkt an die Kinderkommission im Bayerischen Landtag wenden. Das Büro der KiKo gehört zur Verwaltung des Bayerischen Landtags, arbeitet der Kommission zu und unterstützt sie in ihrer Arbeit.

Postanschrift Kinderkommission des Bayerischen Landtags · Büro der KiKo Bayern · Landtagsamt Maximilianeum · 81627 München
Telefon 089/4126-2328
E-Mail kinderkommission@bayern.landtag.de

Straßenausbaubeitragssatzung

Mehr Bürgerfreundlichkeit

Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER zur Straßenausbaubeitragssatzung.

Selten gab es im Bayerischen Landtag eine Anhörung, die von so viel Bürgerinteresse begleitet wurde wie die Expertenanhörung des Innenausschusses zum Thema Straßenausbaubeiträge kurz vor der Sommerpause. Nach gründlicher Abwägung aller vorgetragenen Argumente und Expertenmeinungen und nach einer intensiv geführten internen Debatte hat unsere Fraktion nun einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Rechts der Straßenausbaubeitragssatzung im Bayerischen Landtag eingereicht.

„Aktuell schweben die Straßenausbaubeiträge wie ein Damoklesschwert über den Grundstückseigentümern in Bayern. Diesen Zustand wollen wir schnellstmöglich ändern."

Joachim Hanisch, MdL,
kommunalpolitischer Sprecher der
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Ausgangspunkt unseres Gesetzentwurfes ist eine deutliche Erhöhung des Gemeindeanteils an den Straßenausbaukosten. Bislang können bis zu 90 % der Kosten auf die Bürger umgelegt werden. Das ist unserer Meinung nach eindeutig zu viel. Wir wollen deshalb die Beteiligung der Bürger an den Kosten auf maximal 70 % beschränken. Damit gehen wir deutlich über die Forderungen aller anderen Fraktionen hinaus. Dazu kommt außerdem noch eine Begrenzung der Höhe des Straßenausbaubeitrags. Dieser darf nach unserer Vorstellung 30 % des Grundstückswertes nicht übersteigen.

„Wir stärken das Eigenheim als Altersvorsorge."

Joachim Hanisch, MdL,
kommunalpolitischer Sprecher der
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Bei der Umlage setzen wir auf eine Wahlmöglichkeit der Kommune zwischen einmaligen und wiederkehrenden Beiträgen. Das ermöglicht den Kommunen mehr Spielraum bei der Umsetzung und erhöht so insgesamt die Akzeptanz. Wichtig ist uns auch, Luxussanierungen einen Riegel vorzuschieben. Wenn eine Gemeinde einen besonders edlen Ausbau plant, soll das nicht auf Kosten der Anwohner gehen. Bei einer Luxussanierung muss sie alles, was über die erforderlichen Maßnahmen hinausgeht, aus eigener Tasche zahlen.

Für uns als FREIE WÄHLER steht fest, dass auch bei den Straßenausbaubeiträgen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern herrschen sollen. Dies sicherzustellen ist eine Aufgabe, der sich die Staatsregierung nicht entziehen darf.

Vor allem in strukturschwachen Regionen muss der Erhalt und Ausbau von Straßen durch den Freistaat unterstützt werden, anstatt diese Aufgabe auf die Bürger umzuwälzen.

„Die jetzt gefundene Lösung sichert den Gemeinden eine wichtige Einnahmequelle. Gleichzeitig bietet das neue Regelwerk vielfältige Möglichkeiten, übermäßige Belastungen einzelner Anlieger, insbesondere durch die wiederkehrenden Beiträge, zu reduzieren oder ganz zu vermeiden."

Alexander Muthmann, MdL,
Fraktionssprecher der FREIEN WÄHLER für
Regionalplanung und Landesentwicklung

Joachim Hanisch, MdL
Kommunalpolitischer Sprecher

Alexander Muthmann, MdL
Fraktionssprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung

Entwicklungspolitik

Zeit für einen Neuanfang in der bayerischen Entwicklungspolitik

Entwicklungspolitik ist für uns FREIE WÄHLER Heimatpolitik. Wesentliches Ziel muss es sein, die Lebensgrundlagen der Menschen in allen Teilen der Welt zu sichern. Wir stehen in der Verantwortung, den Menschen echte Lebensperspektiven in ihren Kulturkreisen in voller Selbstbestimmtheit zu ermöglichen. Angesichts von derzeit weltweit 60 Millionen Flüchtlingen ist diese Herausforderung gewaltig. Die Fluchtursachen sind vielfältig und keineswegs nur auf kriegerische Konflikte wie in Syrien beschränkt. Es geht allgemein um die Gewährleistung nachhaltiger Entwicklung, verstärkten Klimaschutz, gute Regierungsführung und den Erhalt der Lebensgrundlagen in allen Regionen dieser Welt. Denn Versäumnisse von heute können hier Ursachen für Konflikte und Flucht von morgen sein.

Einerseits geht es uns deshalb um die Förderung von Informations- und Bildungsangeboten sowie Aktionen und Kampagnen, um immer wieder die Zukunftsfähigkeit unserer heutigen Lebensweise zu hinterfragen. Innerhalb der bayerischen Gesellschaft muss das Bewusstsein für die Zusammenhänge globaler Probleme und Herausforderungen geschaffen werden.

Andererseits können wir als Freistaat direkt Projekte und Maßnahmen in den Entwicklungsländern finanzieren und unterstützen. Als eines von 16 Bundesländern sind unsere Kapazitäten gewiss begrenzt, so dass nur das Setzen punktueller Akzente sinnvoll erscheint. Genau hier hat die Politik der CSU-geführten Staatsregierung es in den letzten Jahren völlig versäumt, den Fokus auf Fluchtursachen zu legen.

Das macht uns sprachlos: Die Verwendung der stark begrenzten Mittel für entwicklungspolitische Maßnahmen für Projekte wie die „Ausbildung von Polizeidiensthunden“ in der VR China.

Zum einen ist ihr finanzielles Engagement im Höchstmaß rückläufig: Wies die Staatsregierung noch 2012 knapp 6,9 Millionen Euro Haushaltsmittel für entwicklungspolitische Maßnahmen im In- und Ausland aus, waren es im Jahr 2013 nur noch ca. 3,5 Millionen Euro – fast eine Halbierung in Zeiten stetig steigender Flüchtlingszahlen! Zum anderen macht uns die Verwendung der stark begrenzten Mittel geradezu sprachlos: Aktivitäten in der VR China im Bereich „Ausbildung von Polizeidiensthunden“, ein Seminar zur „Bekämpfung der Internetkriminalität“ in der Ukraine oder „Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität“ in Montenegro wurden von der Staatsregierung ausdrücklich als Referenzprojekte hervorgehoben. Sie stehen aber mehr als quer zu den globalen Problemen, die bis heute zu weltweit 60 Millionen Flüchtlingen führten.

Schier unbegreiflich ist eine derartige Schwerpunktsetzung auf solche unbedeutenden Randthemen auch angesichts der immer noch knapp 800 Millionen Menschen, die noch nicht einmal genug zu essen haben. Eine Neuausrichtung ist hier mehr als notwendig. Die nun geplante Mittelerhöhung zum Nachtragshaushalt 2016 in Höhe von lediglich 300.000 Euro mit dem Fokus auf die Bekämpfung von Fluchtursachen ist freilich nicht mehr als Symbolpolitik. Deshalb fordert unsere Fraktion eine ernstzunehmende Erhöhung um fünf Millionen Euro in diesem Bereich. Ein grundlegender Gesinnungswandel bei der Projektauswahl bleibt aber die notwendige Bedingung: Wir werden hier nicht lockerlassen und die CSU-geführte Staatsregierung weiter darauf hinweisen, dass wir unsere globalen Probleme nicht mit chinesischen Polizeidiensthunden lösen werden. ■

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL
Entwicklungspolitischer Sprecher

Nötiger denn je

Mehr bezahlbarer Wohnraum für Bayern

Das Problem ist seit langem bekannt: In Bayern werden zu wenige Wohnungen gebaut. Die Ursachen dafür sind vielfältig: So wurden beispielsweise die Mittel für den sozialen Wohnungsbau seit Anfang der 1990er Jahre auf ein Drittel eingedampft, attraktive steuerliche Abschreibungsmodelle für private Investoren wurden sogar gänzlich abgeschafft. Bundesweit ging die Zahl der Sozialwohnungen in den letzten zehn Jahren um rund 40 % zurück. Die Folge ist schon jetzt ein akuter Mangel an bezahlbaren Wohnungen vor allem in Ballungsräumen. Dieser Trend wird sich in den kommenden Jahren durch anerkannte Asylbewerber, die ebenfalls eine Wohnung brauchen, noch verschärfen. Experten gehen derzeit von bundesweit 400.000 fehlenden Wohnungen aus.

Um diesem Missstand abzuhelfen, fordert die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in einem Dringlichkeitsantrag, den privaten Wohnungsbau durch die 2006 abgeschaffte degressive Gebäudeabschreibung wieder deutlich attraktiver zu gestalten. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die für den 1. Januar 2016 vorgesehene erneute Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV) für zunächst zwei Jahre auszusetzen, da diese den Wohnungsbau erneut um rund 7 % verteuern würde.

Bereits im Mai 2015 sprach die Staatsregierung von jährlich 3.000 bis 5.000 zusätzlich benötigten staatlich geförderten Wohnungen. Allein dafür wären zusätzliche Wohnraumfördermittel von mindestens 450 Millionen Euro notwendig. Insgesamt muss in den kommenden Jahren zumindest der Höchstwert von rund 600 Millionen Euro aus dem Jahr 1993 wieder erreicht werden. Hierzu sind neben den vom Landtag zur Verfügung zu stellenden Landesmitteln auch deutlich erhöhte Bundesmittel sowie gegebenenfalls weitere Eigenmittel der Bayern Labo nötig. Auf die Höhe der letztgenannten Posten hat die Staatsregierung indirekt bzw. direkt Einfluss.

Doch lediglich mehr Geld im System und Investitionsanreize können das Problem der Wohnungsnot in Zeiten historisch niedriger Zinsen nicht lösen. Wir müssen auch über eine Kostenreduzierung bei Neubauten nachdenken. Ein Hauptgrund für die schleppende Bautätigkeit ist nämlich die Kostenexplosion durch steigende technische und energetische Anforderungen an den Wohnungsneubau. Hinzu kommen immer höhere Auflagen der Länder und Kommunen. Daneben sind als Kostentreiber beim Wohnungsbau auch die neuen, in meinen Augen überzogenen Auflagen beim Brandschutz zu nennen. Die ständig steigenden Anforderungen führen bereits jetzt dazu, dass Kaltmieten unter zehn Euro nicht mehr realisierbar sind – in Ballungsräumen sind sie sogar noch höher.

„Investitionsanreize und der Abbau überflüssiger Anforderungen – dies sind aus unserer Sicht die richtigen Triebfedern, um den Wohnungsbau in Bayern anzukurbeln."

Thorsten Glauber, MdL,
wohnungsbaupolitischer Sprecher

Uns FREIEN WÄHLERN ist jedoch auch wichtig, auf zwei weitere Aspekte des Problems hinzuweisen. Zum einen dürfen die städtebaulichen Fehler der frühen 1990er Jahre nicht wiederholt werden: Geförderter Wohnungsbau darf nicht zur Entstehung von Satellitenstädten am Rande der Ballungszentren führen – bei denen soziale Probleme vorprogrammiert sind. Die Projekte müssen vielmehr sinnvoll verortet werden, Stichwort „Nachverdichtung". Zum anderen dürfen die Kommunen auch mittelfristig nicht im Stich gelassen werden. Die jahrelange Vernachlässigung des Wohnungsbaus in der politischen Debatte muss angesichts der anstehenden Herausforderungen endlich ein Ende haben. ■

Thorsten Glauber, MdL
Wohnungsbaupolitischer Sprecher

Hochschule

Interpellation „Studieren 2020“

Etwa ein Drittel aller Bayern besitzt heute einen Hochschulabschluss. Und wenn es nach den Empfehlungen vieler Bildungsexperten geht, soll der Anteil langfristig sogar auf gut die Hälfte jedes Altersjahrgangs ansteigen. Für die Hochschulen bedeutet das nicht nur dauerhaft hohe Zahlen von Studienanfängern. Auch die Zahl derer, die ihr Studium wieder abbrechen, muss deutlich sinken. Das wird nur mit einer deutlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen, der Qualität der Lehre und der Unterstützungsangebote möglich sein. Aber können die bayerischen Hochschulen das leisten? Sind die Weichen für die künftige Entwicklung richtig gestellt?

Diese Fragen will die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion genauer beleuchten und hat dazu die Interpellation „Studieren 2020“ in den Landtag eingebracht. Mit insgesamt 157 Fragen zu 16 unterschiedlichen Themenfeldern soll sie zeigen, inwieweit die Staatsregierung und die Hochschulen solide Planungen und Zielperspektiven für die Zukunft des Studiums haben, wie sie einzelne Probleme einschätzen und welche Lösungen sie dafür parat haben.

So wollen wir beispielsweise wissen, welche Leitbilder die Staatsregierung zur Weiterentwicklung des Hochschulsystems in Bayern verfolgt.

„Stehen die Studierenden im Mittelpunkt oder gilt das neue Leitbild der ‚unternehmerischen Hochschule‘“?

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL, Vorsitzender des Ausschusses Wissenschaft und Kunst, hochschulpolitischer Sprecher

Wenn die Hochschulen im Wettstreit um zusätzliche Geldmittel aus der Wirtschaft, vom Bund und von Europa vor allem auf die Forschung schauen und die für die Lehre entscheidende staatliche Grundfinanzierung weiter gering bleibt, könnten die Belange der Studierenden immer mehr in den Hintergrund treten. Außerdem wollen wir Informationen darüber, von welcher Studierendenquote die Staatsregierung im Jahr 2020 ausgeht und wie sich ihrer Einschätzung nach eine Steigerung der Studierenden auf die Zusammensetzung der Studierendenschaft auswirkt. Sind die Studienangebote auf das immer unterschiedlichere Vorwissen und die Lebensumstände der Studierenden eingestellt? Wie steht es um die Vereinbarkeit von Familie und Studium?

Viele Fragen drehen sich auch um die Bologna-Reform, die auch nach vielen Nachbesserungen für zu viele bürokratische Hürden, verschulte Studieninhalte und mangelnde Berufstauglichkeit vieler Bachelorabsolventen kritisiert wird. Aber auch der neue Trend der „Regionalisierung“, also der Auslagerung von Studiengängen an kleine Nebenstandorte im ländlichen Raum, wird in der Interpellation angesprochen: Stimmt die Befürchtung, dass diese Strategie zwar strukturpolitischen Nutzen für die Kommunen bringen mag, den Studierenden und der Qualität ihres Studiums aber schadet, weil sie an den vielfältigen Angeboten am Hauptstandort (Sprachen, IT, Kultur, Betreuung) nicht teilnehmen können und womöglich nur von Lehrbeauftragten statt Professoren unterrichtet werden? Wie sieht der Alltag der Studierenden an den Zweigstellen tatsächlich aus?

Auf diese und viele weitere Fragen wollen wir mit der Interpellation „Studieren 2020“ Antworten erhalten. ■

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Vorsitzender des Ausschusses Wissenschaft und Kunst, hochschulpolitischer Sprecher

FRAKTION VOR ORT ...

Auch in diesem Jahr hatten wir mit unserer Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ einen durchschlagenden Erfolg. Bis Jahresende wurden 30 Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen in den unterschiedlichsten Regionen in Bayern durchgeführt. Selbstverständlich werden wir dieses Konzept auch im nächsten Jahr fortsetzen. Interessenten melden sich bitte über den Landesverband bei der Landtagsfraktion. Wir freuen uns auf viele weitere interessante Veranstaltungen!

... in Schöllbrunn

Dringend mehr Stellen in den Berufsschulen schaffen – Mittelstand und Handwerk besser fördern

Mit rund 50 Teilnehmern diskutierten Günther Felbinger, bildungspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, und sein Fraktionskollege und mittelstandspolitischer Sprecher Johann Häusler sowie der stellvertretende JFW-Bezirksvorsitzende Simson Hipp aktuelle Probleme des Handwerks und des Mittelstands.

Simson Hipp, stellv. JFW-Bezirksvorsitzender, Johann Häusler, MdL, Armin Grein, Ehrenvorsitzender der FREIEN WÄHLER Bayerns sowie der FREIEN WÄHLER Deutschlands e.V.

FRAKTION VOR ORT ...

... in Fürstenfeldbruck

Das Thema Asyl und der Nahverkehr auf der S-Bahn-Linie 4 standen auf der Tagesordnung des Informationsabends in Fürstenfeldbruck. Beim Thema Flüchtlinge setzen die FREIEN WÄHLER auf eine stärkere Solidarität der Europäischen Union und eine bessere Unterstützung der Kommunen, aber auch auf eine gerechtere Verteilung.

Georg Stockinger, 1. Vorsitzender FW-Ortsverband Fürstenfeldbruck, Florian Streibl, MdL, Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL.

ABGEORDNETE IM PORTRÄT

„Ich verstehe mich …

… als bürgernahe und bodenständige Politikerin, die sachbezogen handelt. Mir liegt die Erhaltung unserer bayerischen Lebensqualität am Herzen, daher setze ich mich ein für die Stärkung und Entlastung des Mittelstands sowie die Förderung des ländlichen Raums und der regionalen kleinen und mittleren Unternehmen. Frei denken, menschlich handeln – das ist mein Motto!"

Jutta Widmann

Mitglied im Petitionsausschuss sowie im Arbeitskreis Kommunales, Wirtschaft und Finanzen

Seit 1996 für die FREIEN WÄHLER Stadträtin im Stadtrat von Landshut

Seit 2008 als Abgeordnete im Landtag für die FREIEN WÄHLER

Verheiratet, zwei Kinder

Beruf: Studienrätin/Festwirtin

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich … unsinnige Gesetze abschaffen, stattdessen weniger und praxisnahe Regelungen beschließen. Ich setze auf einen mündigen und verantwortungsvollen Bürger, man kann im Leben nicht immer alles regeln.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich … das Amt des „Entbürokratisierers" von Edmund Stoiber wählen und wirklich mit der Bürokratie aufräumen, und zwar in Europa, im Bund und auf Länderebene. Anfangen würde ich bei der Dokumentationspflicht des Mindestlohns, dann folgen die anderen Aufgaben, die ein Unternehmer unbezahlt für den Staat erledigen muss.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich … zunächst versuchen, sie für Kommunalpolitik zu begeistern, da hier über Themen entschieden wird, die sie direkt vor Ort betreffen, wie z. B. die Sperrstunde für Gastronomiebetriebe. Ich glaube, dass viele Jugendliche glaubwürdige Politik erwarten und vom Einheitsbrei der derzeitigen Politik enttäuscht sind. Sie wollen klare Positionen und Politiker, die auch so abstimmen, wie sie reden, und nicht umgekehrt.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich … die ganzen langweiligen Politikrunden mit Pseudoexperten abschaffen. Gute, fundierte Nachrichten und dann ein Film mit Happy End, das würde ich mir wünschen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragt, würde ich … ihm eine Bayerntour à la Festzelt Widmann empfehlen: von Landshut nach Aschaffenburg, Lohr am Main, Kipfenberg und Oberstimm, mit einem kleinen Abstecher ins hessische Friedberg. Da lernt man Land und Leute kennen, bei gepflegter bayerischer Lebenskultur: gutem Essen, regionalem Bier und bayerischer Blasmusik.

Wenn ich mal einen völlig freien Tag hätte, würde ich … die Zeit mit meinen Tieren draußen in der Natur auf dem Bauernhof verbringen.

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich … mir wünschen, dass jeder zufrieden und mit genügend Auskommen in seiner Heimat leben kann – ohne Angst vor Krieg oder Verfolgung. Insbesondere würde ich mir wünschen, dass jedes Kind eine wirkliche Erstchance erhält, egal wie die Lebensumstände sind.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich … diese wahrscheinlich wegsperren müssen, weil sie ansonsten immer mein Mann benützen würde. ■

KURZ BERICHTET

Aktuelle Stunde der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion:

„Polizei am Limit – die Staatsregierung muss handeln!“

Ob der G7-Gipfel in Elmau oder die aktuelle Flüchtlingskrise – Bayerns Polizisten waren in diesem Jahr ganz besonders gefordert. Grund genug für die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, dieser Berufsgruppe eine aktuelle Stunde zu widmen und sich für ihre Belange einzusetzen. Viele Überstunden, durchgearbeitete Wochenenden und eine permanente Überlastung – das ist für viele Beamte derzeit die traurige Realität. Eva Gottstein, stellvertretende Innenausschussvorsitzende, warnte: „Die Arbeit als Polizist ist ein Job fürs Leben. Wir dürfen unsere jungen Leute daher nicht gleich nach der Ausbildung bis an ihr Limit belasten.“

Eine mögliche Entlastung sehen wir FREIE WÄHLER Landtagsfraktion darin, bayerische Polizisten vor zu vielen Einsätzen in anderen Bundesländern zu schützen. Schließlich dürfen unsere Beamten nicht darunter leiden, dass andere Bundesländer ihre Polizei ausdünnen und dann bei Bedarf Beamte aus dem Freistaat als „Leiharbeiter“ einsetzen. ■

Zahl des Quartals

So viele zusätzliche Flugbewegungen sind am Münchner Flughafen mit den bereits vorhandenen zwei Start-und-Lande-Bahnen pro Jahr noch möglich.

WAS SONST NOCH LOS WAR ...

Donnerstag, 1. Oktober 2015

Mit einem Antrag will die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion die Vergemeinschaftung der Einlagensicherung in Europa verhindern. Sie fordert von der Staatsregierung, sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass künftig sämtliche Bestrebungen nach einer Vergemeinschaftung der Einlagensicherungen abgelehnt werden. Denn die Umsetzung solcher Pläne würde letztlich bedeuten, dass deutsche Sparer zur Rettung ausländischer Banken herangezogen werden können.

Donnerstag, 15. Oktober 2015

Die FREIEN WÄHLER fordern die Staatsregierung in einem Antrag auf, für einen besseren Schutz der Bevölkerung vor den Geräuschemissionen von Laubbläsern und Laubsammlern einzutreten und sich dazu auf EU- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass die entsprechende Richtlinie dahingehend geändert wird, dass Laubbläser und Laubsammler hinsichtlich ihrer Geräuschemissionen nicht mehr wie bisher lediglich der Kennzeichnungspflicht unterliegen, sondern künftig bei den Geräten und Maschinen des Artikels 12 der Richtlinie aufgeführt werden, bei denen festgelegte Schallleistungspegel nicht überschritten werden dürfen.

Dienstag, 20. Oktober 2015

Die FREIEN WÄHLER legen einen Gesetzentwurf zur Reform des Petitionswesens vor. Sie wollen damit das bayerische Petitionswesen modernisieren und es noch bürgerfreundlicher ausgestalten. Künftig sollen Petitionen leichter eingereicht werden können. Der Entwurf sieht eine Regelung zur Behandlung von Massen- und Sammelpetitionen vor, außerdem sollen endlich auch in Bayern öffentliche Petitionen eingereicht werden können. Die wichtigste Neuerung liegt in der Installierung eines Bürgerbeauftragten als ständiger Beauftragter des Petitionsausschusses.

Wollen Sie weiterhin kostenlos die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion erhalten?

Senden Sie uns das ausgefüllte Formular an FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, Max-Planck-Str. 1, 81675 München oder schicken Sie uns eine E-Mail an **info@fw-landtag.de** oder ein Fax an **089 4126-1643**.

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Ich möchte die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bis auf Widerruf kostenlos per Post erhalten.

Vorname Name

Straße/Hausnummer PLZ/Ort

E-Mail

Ich willige in die Speicherung und Nutzung meiner oben angegebenen Daten zum Zwecke der Versendung der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit, z.B. per E-Mail an **info@fw-landtag.de**, widerrufen.

Datum, Unterschrift